



FIAN Deutschland

Jahresbericht 2016



Inhalt

| | |
|----|------------------------------|
| 3 | Organisation |
| 5 | Jahresthema |
| 6 | Fallarbeit |
| 8 | Vernetzung |
| 9 | Publikationen |
| 10 | Aktiv |
| 11 | Finanzen und aktive Projekte |
| 11 | Wer wir sind |
| 13 | Wie wir arbeiten |

Wir bedanken uns bei den folgenden Organisationen und Institutionen, die die Arbeit FIANS im Jahr 2016 kofinanziert haben:

Engagement Global GmbH im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Europäische Kommission, MISEREOR, Stiftung Umverteilen, Stiftung Umwelt & Entwicklung Nordrhein-Westfalen, The Netherlands Organisation for Scientific Research

Ein besonderer Dank gilt unseren Mitgliedern und SpenderInnen, die einen besonders bedeutsamen Beitrag dazu leisten, dass FIAN unabhängig arbeiten kann.

Impressum

Herausgeber:

FIAN Deutschland e.V.
FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk
Briedeler Straße 13
D – 50969 Köln
Tel. 02 21 / 702 00 72
Fax 02 21 / 702 00 32
E-Mail: fian@fian.de
Internet: www.fian.de

Redaktion: Philipp Mimkes

Design: Uschi Strauß

Layout: Thorsten Krüger

Erscheinungsdatum: Mai 2017

Fotos: © FIAN

Motiv Umschlag: Ute Stephani



Spendenkonto Nr. 4000 4444 00
GLS Bank, BLZ 430 609 67
IBAN: DE84 | 4306 | 0967 | 4000 | 444400
BIC: GENODEM1GLS

JUBILÄUMSFEIER IN HEIDELBERG

Anfang Juni trafen sich die FIANistas in Heidelberg zu ihrer alljährlichen Mitgliederversammlung. Doch dies war nicht der alleinige Anlass: FIAN International und FIAN Deutschland feierten ihr 30-jähriges Jubiläum.

Michael Krennerich startete die Veranstaltung mit einem Vortrag zu unserem Jahresthema „UN-Recht statt Unrecht: 50 Jahre UN-Sozialpakt“. Es folgte ein dichtes Programm: ein „Spaziergang“ durch die Geschichte FIANs, Sitzungen der Arbeitsgruppen, Berichte der Lokal- und Fallarbeitsgruppen sowie der Rechenschaftsbericht des Vorstands. Am Abend packten alle die letzten Energiereserven zur Jubiläumsparty aus. Mehr als 100



MitstreiterInnen stürmten das Buffet und schwingen das Tanzbein. Zudem wurde unsere langjährige Geschäftsführerin Ute Hausmann verabschiedet.

Ein besonderes Highlight: Axel Christian Schullz und Chris Paus von „Sing Human Rights“ bereicherten den Abend musikalisch. Eigens für FIAN vertonten sie Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in dem das Recht auf Nahrung verankert ist.

WECHSEL IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Im Laufe des ersten Halbjahres fanden viele personelle Veränderungen statt. Die langjährige Geschäftsführerin Ute Hausmann hat sich entschieden FIAN zu verlassen und neue Wege einzuschlagen. Als Nachfolger wurde Philipp Mimkes gewonnen, der eine 20jährige Erfahrung als Geschäftsführer der Coordination gegen Bayer-Gefahren mitbrachte. Auch Regine Kretschmer, Referentin für die Fallarbeit Lateinamerika, hat sich entschieden die Geschäftsstelle zu verlassen, um nach Lateinamerika zurückzukehren. Sie wird dort ihre Menschenrechtsarbeit fortsetzen und weiterhin die Fallarbeitsgruppe unterstützen. Als Nachfolgerin wurde Almudena Abascal eingestellt. Sie ist Juristin und bringt umfangreiche Erfahrung aus verschiedenen Menschenrechtsorganisationen mit.



FIAN-GRÜNDER VERSTORBEN

Leider mussten wir uns im vergangenen Jahr von FIAN-Mitbegründer Harald Rohr verabschieden. Er ist am 12. Januar im Alter von 75 Jahren verstorben. Von der Hilfestellung beim Aufbau von FIAN als Organisation über die Einrichtung des ersten FIAN-Büros in Herne, vom politischen Rat bis zu Fürbitte-Gebeten zu FIAN-Themen hat er unsere Arbeit gestärkt und zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung beigetragen. Harald Rohr hat Vertrauen geschaffen und stand jahrelang für FIANs langsam wachsende Solidität. FIAN schuldet ihm viel. Wir hoffen, dass die Freude über den Weg FIANs ihm eine ausreichende Gegenleistung war.

EMPFANG IN BERLIN

Zum 30. Geburtstag hat FIAN einen Empfang in Berlin organisiert. Mitveranstalterin war die taz. Mehr als 80 BesucherInnen folgten der Einladung: Bundestagsabgeordnete, befreundete Verbände, JournalistInnen sowie FIAN-Aktive aus nah und fern. Nach einer Einführung durch unseren Vorsitzenden Tim Engel sprach Prof. Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, zur Durchsetzbarkeit sozialer Menschenrechten. Valéria Burity von FIAN Brasilien und die FIAN-Lateinamerikareferentin Almudena Abascal berichteten über den andauernden Kampf der Guarani-Kaiowá um ihre Rechte. Agrarreferent Roman Herre stellte aktuelle FIAN-Kampagnen sowie die Ergebnisse seiner jüngsten Recherchen in Sambia vor. Die Diskussionen zogen sich bis in die frühe Nacht hin.



PREIS FÜR SOZIALE MENSCHENRECHTE

Am 25. Oktober hat FIAN Deutschland den „Sonderpreis für Soziale Menschenrechte“ erhalten. Die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung wird von der „Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation“ vergeben. Insgesamt waren 30 Initiativen und Organisationen nominiert worden.

Rita Süßmuth, Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung, betonte in ihrer Grußbotschaft die „besondere Bedeutung Sozialer Menschenrechte in Zeiten weltweiter Krisen und Kriege“. Claudia Mahler vom Deutschen Institut für Menschenrechte bezeichnete FIAN als „Vorreiter bei der Durchsetzung des Rechts auf Nahrung“ und lobte unser Engagement „trotz der geringen Ressourcen“. Besonders beeindruckt war das Auditorium von dem Bericht des letztjährigen Preisträgers, dem Kapitän Klaus Vogel, der innerhalb eines Jahres rund 5.000 Flüchtlinge in Seenot retten konnte.



FIAN-Geschäftsführer Philipp Mimkes betonte in seiner Dankesrede: „Noch immer hungern weltweit rund 800 Millionen Menschen - und dies, obwohl genügend Nahrungsmittel vorhanden sind. An diesem anhaltenden Skandal können und wollen wir uns nicht gewöhnen. Wichtig ist uns dabei, dass die Hungerbekämpfung nicht nur aus humanitären Gründen geboten ist, sondern dass es sich hierbei um die Durchsetzung verbriefter Menschenrechte handelt.“ Das Preisgeld wird FIAN als Grundstock für die Erarbeitung eines Parallelberichts an den UN Sozialausschuss verwenden.

An der Zeremonie nahmen Aktive der Berliner FIAN-Lokalgruppe teil. Gefreut haben wir uns auch über die vielen Glückwünsche, von denen wir einen exemplarisch abdrucken: „Auf dass die Ehrung Motivation für viel weiteres Engagement zum Recht auf Nahrung ist! Die Zusammenarbeit mit Euch ist eine große Bereicherung im wesentlichen Sinne des Wortes: reich an Kenntnis, reich an Einsicht, reich an Vernetzung und reich an Willen. Dr. Hildegard Hagemann, Deutsche Kommission Justitia et Pax.“

MITGLIEDERZAHL GESTIEGEN

FIAN Deutschland konnte die Zahl der Mitglieder auf über 1.100 steigern. Diese engagieren sich aktiv in Lokalgruppen und Arbeitskreisen, im ehrenamtlichen Vorstand und der Geschäftsstelle. Hinzu kommen viele Aktive, die sich an aktuellen Aktionen beteiligen, Vorträge halten oder FIAN auf andere Weise ehrenamtlich unterstützen. Zu unserer Freude konnte sich zudem eine neue Lokalgruppe etablieren. 2016 entstand durch die Initiative einer ehemaligen Praktikantin die neue Lokalgruppe in Bremen. Aktuell sieben Personen treffen sich regelmäßig, um FIAN tatkräftig zu unterstützen. Ende Oktober gab die neue Lokalgruppe mit der ersten Veranstaltung ihr Debüt. Hierfür wurde FIAN-Agrarreferent Roman Herre zu einem Workshop zum Recht auf Nahrung eingeladen.

150 TEILNEHMERINNEN BEIM ERSTEN „KÖLNER MENSCHENRECHTS-PICKNICK“

„50 Jahre UN Sozialpakt: Soziale Menschenrechte in Köln und in der Welt“ - unter diesem Motto lud FIAN am 24. Oktober zum Menschenrechts-Picknick ein. Im „Park der Menschenrechte“ übergab FIAN vor den Augen von 150 Gästen acht Bodenplatten zu Sozialen Menschenrechten an die Stadt Köln („Recht auf Nahrung und Wasser“, „Recht auf Wohnen“ etc).

Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Feierlich enthüllt wurden die Platten von Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker.



„Wir möchten die Sozialen Menschenrechte noch mehr in das Licht der Öffentlichkeit rücken. Denn Bildung, Nahrung oder Gesundheitsvorsorge sind keine Almosen, sondern verbrieft Rechte“, so Philipp Mimkes, Geschäftsführer von FIAN Deutschland. Irene Ofteringer vom FIAN-Vorstand ergänzte: „Damit Menschenrechte durchgesetzt werden können, benötigen sie Öffentlichkeit, müssen sichtbar und hörbar sein.“

Ein bunter Strauß an Aktivitäten umrahmte die Aktion: nach einer gemeinsamen „Schnippelparty“ gab es ein Picknick, bei dem aussortiertes Gemüse mit „Schönheitsfehlern“ mit Hilfe der Slow Food Youth kulinarisch verwertet wurde. Für die kulturelle Unterhaltung sorgte ein eigens initiiertes Chor, der die Menschenrechte in vertonter Form vortrug. Auch amnesty international, das Allerwelthaus, terre des hommes und die Evangelische Studentengemeinde (ESG) präsentierten ihre Arbeit.

Ein besonderer Dank gilt der FIAN Lokalgruppe Köln, deren Engagement und Hilfe das erste Kölner Menschenrechts-Picknick erst ermöglichte. Bedanken möchten wir uns außerdem bei der Rinn Beton- und Naturstein GmbH & Co. KG, die so freundlich war die Bodenplatten für diesen Anlass zu sponsern.



50 Jahre UN-Sozialpakt

50 JAHRE UN-SOZIALPAKT

Das Mandat von FIAN bezieht sich auf den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt). Der Sozialpakt wurde 1966 von der Staatengemeinschaft beschlossen und ist seit 1976 in Kraft. Zusammen mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte wurde er von der UN beschlossen, um die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verfassten Rechte völkerrechtlich verbindlich zu gestalten. Die im UN-Sozialpakt verfassten

Rechte reichen von den Rechten auf Arbeit und Gewerkschaftsfreiheit über die Rechte auf Soziale Sicherung, einen angemessenen Lebensstandard, Gesundheit und Bildung, bis zu den Rechten auf Teilnahme am kulturellen Leben und Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Das Recht auf Nahrung, für das FIAN insbesondere eintritt, ist dem Recht auf einen angemessenen Lebensstandard in Artikel 11 zugeordnet.

Bisher haben 164 Staaten den UN-Sozialpakt ratifiziert. Das bedeutet, dass die darin verfassten Rechte in die Rechtssysteme dieser 164 Staaten aufgenommen worden sind. Die Staaten haben sich damit verpflichtet, diese Rechte der Bevölkerung zu respektieren, zu schützen und zu verwirklichen. In manchen Staaten haben sie Verfassungsrang. In Deutschland gelten sie wie einfache Gesetze. Die Vielzahl der Verletzungen Sozialer Menschenrechte zeigt jedoch: Die Ratifizierung des Pakts allein reicht nicht aus, damit eine Regierung alle im Pakt enthaltenen Rechte verwirklicht. Die Rechte müssen auch über Gerichtsverfahren und politische Proteste erkämpft werden. Schwerwiegende Beispiele dafür sind Vertreibungen zugunsten von Bergbau, Staudämmen oder industrieller Landwirtschaft, durch die die Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren.

DURCHSETZUNG DER RECHTE DES UN-SOZIALPAKTS

Um die Verwirklichung Sozialer Rechte kontrollieren zu können, haben die Vereinten Nationen den UN-Sozialausschuss eingerichtet. Er besteht aus 18 unabhängigen MenschenrechtsexpertInnen. Der Ausschuss hat drei Kernaufgaben:

1. Rechtskommentare: Der Ausschuss legt die einzelnen Rechte des Pakts in Kommentaren aus.
2. Staatenberichtsverfahren: Mit der Ratifizierung des UN-Sozialpakts verpflichten sich die Staaten dazu, dem Ausschuss alle fünf Jahre zu berichten, wie sie die Rechte verwirklichen. Zusätzlich nimmt er so genannte Parallel- oder Schattenberichte zivilgesellschaftlicher Organisationen entgegen. Auf Basis aller Berichte gibt er den Staaten dann Empfehlungen, wie sie die Verwirklichung der Rechte verbessern sollen.
3. Individualbeschwerde auf internationaler Ebene (Zusatzprotokoll): Mit der Individualbeschwerde erhalten Opfer von Menschenrechtsverletzungen die Möglichkeit, ihren Fall vom UN-Sozialausschuss prüfen zu lassen, wenn sie auf der nationalen Ebene kein Recht erhalten haben.

Seit 2010 gibt es zum UN-Sozialpakt, wie zu den meisten internationalen Menschenrechtsabkommen, ein Individualbeschwerdeverfahren. Mit der Individualbeschwerde erhalten Opfer von Menschenrechtsverletzungen die Möglichkeit, ihren Fall vor einem internationalen Gremium prüfen zu lassen, wenn sie auf der nationalen Ebene kein Recht erhalten haben. Damit dieses Verfahren seine Gültigkeit erhält, muss das so genannte Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt vom entsprechenden Staat ratifiziert werden. Bis Oktober 2015 haben 21 Staaten das Zusatzprotokoll zum Individualbeschwerdeverfahren des UN-Sozialpaktes ratifiziert. Deutschland gehört nicht dazu.

FIAN fordert daher: Deutschland muss das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt ratifizieren, damit Menschen in Deutschland die Möglichkeit erhalten ihre sozialen Menschenrechte auf internationaler Ebene einzufordern!

FIAN hat 2016 eine Vielzahl von Aktionen zum Jahresthema durchgeführt: Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Flyer, Pressearbeit, Webinare), Veranstaltungen in Kooperation mit Universitäten, Volkshochschulen und Partnergruppen, die „Mahlzeit für Menschenrechte“ an mehreren Kantinen, Lobbyarbeit zur Verabschiedung des Zusatzprotokolls durch die Bundesregierung, Ausbildung von MultiplikatorInnen und vieles mehr. Alle Aktivitäten zum Sozialpakt finden sich unter <https://www.fian.de/themen/jahresthema-sozialpakt>. Dort können auch alle Publikationen abgerufen werden.

PUBLIKATIONEN

Faltblatt: 50 Jahre UN-Sozialpakt

Broschüre: UN-Recht statt Unrecht – 50 Jahre UN-Sozialpakt



Ziel der Fallarbeit von FIAN ist es, die Betroffenen langfristig zu unterstützen – besonders bei Verletzungen des Rechts auf Nahrung. Um uns ein Bild von aktuellen Menschenrechtsverletzungen zu machen, führten wir im Jahr 2016 Recherchen in Sambia, Uganda, Nepal und Ecuador durch. Dabei ging es überwiegend um Fälle von „Landgrabbing“, meist als Folge großer Agrarinvestitionen. Zudem haben wir Recherche-Ergebnisse anderer FIAN-Sektionen publiziert und in der Lobbyarbeit aufgegriffen.

SAMBIA: INVESTITIONEN DER DEG

Warum ist die Arbeit von FIAN und anderen Menschenrechtsorganisationen so wichtig? Dies zeigt beispielhaft die im Juli 2016 durchgeführte Recherchereise von FIAN Deutschland und FIAN Sambia zu Landinvestitionen unter deutscher Beteiligung. Mitglied des Recharteams war Roman Herre, Agrarreferent von FIAN Deutschland. Wiederholt stieß FIAN auf Investitionen der deutschen Entwicklungshilfe, durch die Landvertreibungen begünstigt wurden.

Der Distrikt Mpongwe, knapp 300 Kilometer nördlich der Hauptstadt Lusaka, ist bekannt für seine fruchtbaren Böden und natürlichen Wasserressourcen. Genau hier tummeln sich viele Investoren, die Befugnisse zur Landnutzung erworben haben. Bei drei Großfarmen beteiligt sich die deutsche Entwicklungshilfe an der Finanzierung. So wissen wir seit 2013 von der Vertreibung einer Dorfgemeinschaft, direkt bevor der Agrarkonzern Zambeef die 23.000 Hektar umfassende MegaFarm Nampamba übernahm. Daher galt der erste Besuch den dortigen Betroffenen. Ihre Situation hat sich seitdem weiter verschlechtert. So bewirtschaftete Francis Kamanda vor der Vertreibung 31 Hektar Land. Heute kann er seine Kinder nicht mal mehr zur Schule schicken. Er muss einen Hektar Ackerboden teuer pachten, der weit entfernt von seinem Haus liegt. Der Ertrag reicht nur knapp, um nicht zu verhungern. Besonders empört ihn, dass das Land brach liegt, von dem sich seine Familie einst gut ernähren konnte.

Ein weiteres Treffen in Mpongwe galt 93 MitgliederInnen einer kleinbäuerlichen Gemeinschaft, die im westlichen Randgebiet der 12.000 Hektar großen Farm Somawhe leben. Die Farm gehört dem Finanzinvestor Agrivision. Er hatte vor fünf Jahren einen 10-Millionen-Dollar-Kredit von einem Investmentfonds des Entwicklungsministeriums (BMZ) erhalten. Gemeindeglieder berichten uns, dass sie schon früher von ihrem Land, das weiter innerhalb der Farm lag, gewaltsam vertrieben wurden. Ihr Eigentum, wie Häuser oder eine Maimühle, wurde ohne Entschädigung zerstört. Als Agrivision 2014 neue Expansionspläne veröffentlichte, die eine neue Vertreibung der Dorfgemeinschaft bedeuteten hätten, forderte FIAN das Entwicklungsministerium auf, Agrivision von den Plänen abzubringen. Uns wurde daraufhin versichert, dass die Expansion geändert wurde und nicht mehr diese Gemeinde betreffe. Auf Druck von FIAN wurde im Februar 2016 eine Überprüfungsreise durchgeführt. Agrivision versprach der Gemeinde einen eigenen Landtitel zu übertragen. Dies ist jedoch bis heute nicht geschehen. Das Farmmanagement lehnte ein Treffen mit uns ab. Wir haben das BMZ über die Missstände in Kenntnis gesetzt.

Unsere Recherchen führten uns weiter hoch in den Norden in den Distrikt Mpika. Hier hatte Zampalm 20.000 Hektar Land in einem Sumpfgebiet für eine Palmölplantage erworben. Zusammen mit der Niederländischen Entwicklungsbank finanzierte die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) 2013 die Expansion mit einem 10-Millionen-Dollar-Kredit. Ehemalige FarmarbeiterInnen berichten uns, dass sie weit unter dem nationalen Mindestlohn bezahlt werden. Viele von ihnen sind ausgestiegen und versuchen an Land zu kommen, um wieder selbst Landwirtschaft zu betreiben. Das sei allerdings schwierig geworden, da Zampalm hier so viel Land an sich gerissen hat.

Letztendlich haben wir bei allen besuchten Landflächen menschenrechtliche Probleme dokumentiert. Diese waren den beteiligten deutschen Akteuren meist nicht bekannt. So hat die Reise nach Sambia gezeigt, dass intensive menschenrechtliche Rechercharbeit sehr wichtig ist. Ohne unseren kritischen Blick würden die geschilderten Probleme und Verletzungen von Menschen und Arbeitsrechten kaum an die Öffentlichkeit kommen. Durch die Reise wurde auch deutlich, dass die Mechanismen bei der deutschen Botschaft in Sambia und dem Entwicklungsministerium nicht ausreichen, um die weit verbreiteten menschenrechtlichen Probleme zu erkennen und zu beheben.

UGANDA: LAND-RÜCKGABE STEHT WEITER AUS

Am 18. August 2016 hat sich die gewaltsame Vertreibung von rund 4.000 Menschen zugunsten der Kaweri Kaffeeplantage in Uganda zum 15. Mal gekehrt. FIAN hat dies zum Anlass genommen, die Vertriebenen erneut zu besuchen, ihre Lebensbedingungen zu dokumentieren und die ugandische Öffentlichkeit zu informieren.

Im Vordergrund der Recherchen standen Verletzungen von Kinder- und Frauenrechten. Die Ergebnisse sind erschütternd: Als Folge der Vertreibung sind viele Familien auseinandergebrochen. Hunger ist weit verbreitet: Viele Kinder geben an, dass sie nur einmal pro Tag essen – an manchen Tagen auch gar nichts – da ihre Eltern als Tagelöhner nicht genug verdienen. Frauen und Kinder schildern, dass sie Trinkwasser aus offenen und verschmutzten Gewässern entnehmen müssen. Viele Kinder leiden unter Durchfallerkrankungen.



SchülerInnen berichten, dass viele Kinder auf der Plantage arbeiten, weil die Eltern sie aus Geldmangel nicht zur Schule schicken können. Dabei erlaubt das ugandische Recht eine Beschäftigung erst ab 18 Jahren. Die Aussagen stehen auch im Widerspruch zum Firmenschild am Eingang der Plantage, demzufolge Kaweri keine Kinder beschäftigt.

In besonderer Weise leiden jugendliche Mädchen unter der Armut. Die Zahl der frühen Schwangerschaften ist hoch - dies belegen auch die Statistiken des nächst liegenden Krankenhauses Madudu Health Centre III. Schwangere Mädchen müssen die Schule verlassen. Gemäß der interviewten Frauen und Kinder verheirateten Familien ihre Töchter bereits im Alter von 16 Jahren, obwohl dies nach ugandischem Recht verboten ist.

Zudem müssen die Vertriebenen weiter auf Entschädigung warten: das Berufungsgericht hat das Urteil des Hohen Gerichts Nakawa vom März 2013 aufgehoben und den Fall wegen Verfahrensmängeln an das Gericht zurückverwiesen. Das Gericht in Nakawa wurde jedoch jüngst aufgelöst und der Fall an das Hohe Gericht in Kampala weitergereicht. Dieses hat noch keinen Anhörungstermin festgesetzt. FIAN setzt sich weiter dafür ein, dass das Gericht diese Anhörung schnellst möglich anberaumt. Die ugandische Presse berichtete ausführlich über die Ergebnisse unserer Recherchen.



FIAN zeigt den Dokumentarfilm über die Vertreibung vor rund 500 DorfbewohnerInnen

ECUADOR: BESUCH DER GEMEINDE ASOMAC

Im Oktober 2016 hat unsere Lateinamerika Referentin Almudena Abascal an einer Recherchereise zu Landkonflikten an der ecuadorianischen Küste teilgenommen. Untersucht wurde die Ernährungssituation der bäuerlichen Gemeinden vor Ort.



2009 wollte die ecuadorianische Regierung mit dem Programm „Plan Tierras“ eigentlich die Landverteilung für alle Bauern und Bäuerinnen gerechter gestalten. Dieses Ziel wurde jedoch verfehlt. In den untersuchten Fällen fand die Landverteilung zugunsten wirtschaftlicher Interessen statt. Oftmals kommt es zu Vertreibungen von KleinbäuerInnen. Ein erschwerter Zugang zu Ressourcen wie Land und Wasser ist die Folge. In den Gemeinden berichteten die Menschen von hohen Grundstückspreisen und dass sie für erworbenes Land häufig keinen Landtitel erhalten haben, was es für sie unmöglich macht Kredite zu beantragen. Schulen sind weit entfernt und die Kosten für den Transport der Kinder zur Schule können sich nur die wenigsten leisten. Die meisten Kinder in den Gemeinden haben daher keine Möglichkeit, zur Schule zu gehen. Aufgrund all dieser Probleme müssen KleinbäuerInnen häufig von nur 10 US-Dollar in der Woche leben, diese Summe ist zu gering, um damit eine Familie ernähren zu können.

Neben diesen Problemen bedrohen auch neue Gesetze, die durch das neue Freihandelsabkommen zwischen der EU und Ecuador erzwungen werden, die Situation der KleinbäuerInnen. Das darin enthaltene Saatgutgesetz verbietet beispielsweise den Einsatz von traditionellem Saatgut und stellt diesen sogar unter Strafe. Profiteure sind große Konzerne wie Bayer und Monsanto. Anstatt KleinbäuerInnen zu schützen, begünstigt die Landpolitik Ecuadors einseitig große Unternehmen. Die Recherchereise zeigt, dass Landkonflikte vielfältige Probleme erzeugen, die das Recht auf Nahrung und andere WSK-Rechte bedrohen. FIAN Deutschland wird durch Lobbyarbeit dazu beitragen, die Situation von Kleinbauern und -bäuerinnen in Ecuador auf internationaler Ebene sichtbar zu machen, unter anderem im Rahmen des Universal Periodic Review des UN-Menschenrechtsrats.

TREFFEN MIT LA VIA CAMPESINA

Hoher Gast in der FIAN-Geschäftsstelle: Elizabeth Mpofu, Generalkoordinatorin von La Via Campesina, besuchte uns für einen Austausch über Frauenrechte, Ernährungssouveränität, Landrechte und einen freien Zugang zu Saatgut. Elizabeth Mpofu ist ursprünglich Kleinbäuerin aus Simbabwe. Aktuell leitet sie das mit 160 Organisationen und über 200 Millionen Mitgliedern größte Netzwerk von KleinbäuerInnen weltweit.

Gemeinsam mit La Via Campesina fordert FIAN ein Umdenken in der Entwicklungszusammenarbeit: „Die Grüne Revolution hat den Hunger 60 Jahre lang nicht besiegt. Die deutsche Entwicklungspolitik muss die von den BäuerInnen selbst entwickelten und angewandten agrarökologischen und bäuerlichen Praktiken fördern“, so Elizabeth Mpofu.

**ALTERNATIVE ZUM AGROBUSINESS**

Zusammen mit Misereor, Brot für die Welt, Inkota und anderen Bündnispartnern haben wir die Broschüre „Besser anders, anders besser: Mit Agrarökologie die Ernährungswende gestalten“ veröffentlicht. Darin werden Alternativen zur kapitalintensiven und von Konzerninteressen geleiteten Landwirtschaft beschrieben. Praktische Beispiele zeigen, wie Bauern und Bäuerinnen als zentrale Akteure im Ernährungssystem fungieren, wie lokale Märkte gestärkt und die Unabhängigkeit von Erdöl, Chemie und Gentechnik gefördert werden kann.

Die Broschüre analysiert, welche politischen Instrumente nötig sind, um Agrarökologie weiter zu verbreiten, und lädt dazu ein, sich für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft einzusetzen. Das Heft erschien in einer Auflage von 30.000 Stück und kann bei uns kostenfrei bestellt oder heruntergeladen werden.

**NYÉLÉNI FORUM: ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT JETZT!**

Das bislang größte europäische Treffen für Ernährungssouveränität, das „Nyéléni-Forum Europe“, fand Ende Oktober im rumänischen Cluj statt. FIAN hat das Forum mit vorbereitet und war vor Ort durch Vorstandsmitglied Irene Ofteringer vertreten. Ziele des Treffens waren die Stärkung der Bewegung für Ernährungssouveränität in den noch kleinbäuerlich geprägten osteuropäischen Ländern, die weitere Vernetzung der AkteurInnen sowie die Erarbeitung konkreter Aktions- und Kampagnenpläne. Etwa 600 Menschen aus über 40 Ländern kamen zusammen. Wesentlicher Beitrag von FIAN war es, den Entwurf einer „UN-Erklärung über die Rechte von KleinbäuerInnen“ sowie Kampagnen zu deren Durchsetzung vorzustellen. Auch die Freiwilligen Leitlinien zu Landnutzungsrechten und den „UN-Treaty-Prozess“ brachte FIAN in die Diskussionen ein.



Die deutsche Delegation hat sich auf drei Aktionsvorhaben verständigt: 1.) Vorbereitung der Konferenz „Global Peasants Rights“ in Schwäbisch-Hall 2.) Kampagne für eine Neuformulierung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 3.) Protestaktionen zur geplanten Bayer-Monsanto-Fusion. Die deutsche Nyéléni-Gruppe plant zudem ein nationales Nyeleni-Forum. FIAN wird sich darin weiter einbringen.

MÜNCHEN: MAHLZEIT FÜR MENSCHENRECHTE

Die Lokalgruppe München veranstaltete bereits im vierten Jahr das Projekt „Mahlzeit für Menschenrechte“. Der Welternährungstag am 16. Oktober 2016 markierte den Startschuss für die teilnehmenden Cafés und Restaurants eine „Mahlzeit für Menschenrechte“ in Form eines speziell gekennzeichneten Gerichts anzubieten. Mit Hilfe von ausgelegten FIAN-Materialien konnten sich die Gäste zudem über das Recht auf Nahrung und den UN-Sozialpakt informieren. Der Tag der Menschenrechte am 10. Dezember markierte sowohl den Abschluss als auch den Höhepunkt der Veranstaltung: die Lokalgruppe konnte den Autor Martin Klingst für eine Lesung seines Buches „Menschenrechte“ mit anschließender Podiumsdiskussion gewinnen.

PUBLIKATIONEN

Factsheet 2016/1: Brasilien: Der Kampf der *Guarani-Kaiowá* um Land und Würde

Factsheet 2016/2: Das Recht auf Nahrung in Nepal

FoodFirst 1/2016: Dürre, Hunger, Landvertreibung – Flucht und ihre Ursachen im Kontext des *UN-Sozialpakts*

FoodFirst 2/2016: Landnahme im Fokus – Ackerflächen auch in Europa heiß umkämpft

FoodFirst 3/2016: UN-Frauenrechtskonvention CEDAW – Frauenrechte sind Menschenrechte

FoodFirst 4/2016: Satte Menschen statt satte Gewinne – Für freies Saatgut!



JAHRBUCH ZUM RECHT AUF NAHRUNG KRITISIERT WACHSENDEN EINFLUSS DER SAATGUT-KONZERNE

Das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt und die Menschenrechtsorganisation FIAN haben zum neunten Mal das Jahrbuch zum Recht auf Nahrung mit herausgegeben. Schwerpunktthema des Right to Food and Nutrition Watch 2016 ist der Zugang zu Saatgut. Vor dem Hintergrund der aktuellen Megazusammenschlüsse wie dem Versuch der Bayer AG, den US-Saatgutkonzern Monsanto zu übernehmen, ist dies ein aktuelles und brisantes Thema. FIAN kritisiert diesbezüglich vor allem den stetigen Machtzuwachs großer Agrarkonzerne.

Der Zugang zu Saatgut ist ein Garant für das Recht auf Nahrung und die Überlebenssicherung. „Es existiert weltweit ein informeller Saatgutmarkt, auf dem Bauern und Bäuerinnen Saatgut oft direkt tauschen und verkaufen. Dieser Markt ist noch immer die wichtigste Quelle für Saatgut in den Ländern des globalen Südens“, so Roman Herre, Agrarreferent bei FIAN bei der Präsentation der Ergebnisse. Der „Watch“ wurde im Rahmen einer Tagung mit über 100 TeilnehmerInnen in Berlin vorgestellt.

Brot für die Welt und FIAN geben das Jahrbuch zum Menschenrecht auf Nahrung gemeinsam mit der Interchurch Organisation for Development Cooperation (ICCO Cooperation) in Zusammenarbeit mit internationalen Fachorganisationen und Netzwerken heraus. Es erscheint in Englisch, Französisch und Spanisch.



Dank der Unterstützung der Lokalgruppen und der Vielzahl ehrenamtlicher Helfer war auch das Jahr 2016 abwechslungsreich und lebendig. FIAN nahm an zahlreichen Demonstrationen teil, organisierte eigene Veranstaltungen sowie eigene Kampagnen. FIAN kritisierte insbesondere die geplante Fusion von Bayer und Monsanto, die Freihandelsabkommen TTIP und CETA sowie die voranschreitenden Konzentrationsprozesse im Bereich der Lebensmittel- und Agrarindustrie. Ein großer Erfolg war der Masseneinspruch gegen ein Patent des Schweizer Konzerns Syngenta auf Tomaten, den FIAN aktiv unterstützte: insgesamt 65.000 BürgerInnen aus 59 Ländern sowie 32 Organisationen beteiligten sich an dieser Aktion.

GROSSDEMONSTRATIONEN GEGEN TTIP UND CETA

Anlässlich des Besuchs von US-Präsident Barack Obama auf der Hannover Messe demonstrierten 90.000 Menschen unter dem Motto „Für einen gerechten Welthandel“ gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Ein breites Bündnis, dem auch FIAN angehört, hatte zu der Kundgebung aufgerufen, um gegen die Gefahren von Demokratieabbau und die Erosion sozialer und ökologischer Standards zu mobilisieren. Die Resonanz übertraf, nicht nur bei FIAN Deutschland, alle Erwartungen.

Am 17. September rief FIAN Deutschland erneut zur Teilnahme an den Kundgebungen gegen die Handelsabkommen CETA und TTIP in sieben deutschen Städten auf. Unter den rund 320.000 TeilnehmerInnen gingen in Berlin, München und Köln auch FIAN-Lokalgruppen mit auf die Straße.



PROTEST GEGEN STAUDAMMPROJEKT

Ohne Einigung mit den betroffenen Gemeinden hat die Flutung des panamaischen Staudamms Barro Blanco begonnen. Trotz jahrelanger Proteste und Vermittlungsversuche schaffen die panamaische Regierung und die Betreiberfirma GENISA nun Tatsachen. Weil das Wasser nur noch wenige Meter von ihren Häusern entfernt ist, mussten bereits die ersten Betroffenen fliehen. Dabei hatten Regierung und Indigenen-Vertreter zuvor vereinbart, dass vor einer Einigung mit den direkt Betroffenen nicht geflutet wird.

Hintergrund: Im Jahr 2011 hatte die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), Tochter der deutschen Staatsbank KfW, ein Darlehen über 25 Millionen US-Dollar an den Betreiber GENISA vergeben und bei einem Baustopp 2015 den panamaischen Staat massiv unter Druck gesetzt, weiterzubauen. Die betroffenen indigenen Gemeinden der Ngäbe-Buglé haben dem Damm, für den Teile ihres Territoriums überflutet werden sollen, nie zugestimmt. Der Fall wurde auch von der Beschwerdestelle der DEG untersucht. Das Ergebnis von Mai 2015: Es haben „keine adäquaten Konsultationen stattgefunden“. Die DEG betonte zwar, sie wolle aus Fehlern lernen und den Dialog unterstützen, doch davon ist vor Ort wenig zu spüren. FIAN Deutschland protestierte daher vor der DEG-Zentrale in Köln. Bei der Aktion wurden mehr als 100.000 Unterschriften gegen die Flutung übergeben.



NATIONALER AKTIONSPLAN WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE VERWÄSSERT

Mit der symbolischen Aktion „Wirtschaft und Politik schießen Menschenrechte in den Wind“ haben Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen am 6. Oktober vor dem „Tag der Deutschen Industrie“, bei dem Wirtschaftsverbände und hochrangige Politiker, darunter auch Bundeskanzlerin Merkel, zusammen kamen, gegen die bisherige Weigerung der Bundesregierung protestiert, deutsche Unternehmen verbindlich zur Achtung der Menschenrechte im Ausland zu verpflichten. FIAN hat sich an der Aktion beteiligt.



EINNAHMEN- UND AUSGABENRECHNUNG 2016 IM VERGLEICH ZUM VORJAHR

| Einnahmen | 2016 | 2015 | Ausgaben | 2016 | 2015 |
|-----------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------------------------|-------------------|-------------------|
| Beiträge | 72.464,68 | 76.053,73 | Miete | 17.792,22 | 18.707,02 |
| Spenden | 168.873,30 | 165.148,74 | Personal (Gehälter und Honorare) | 276.274,17 | 249.980,63 |
| Zuschüsse | 228.438,49 | 184.527,22 | Bürokosten | 61.540,35 | 51.760,64 |
| Kostenerstattungen | 13.580,27 | 10.570,08 | Reisekosten | 18.948,91 | 15.499,08 |
| Materialverkauf, Seminarbeiträge | 5.956,25 | 1.496,25 | Publikationen | 34.816,41 | 33.121,11 |
| Zinserträge | 0 | 35,73 | Vorstand, Arbeitskreise | 11.646,44 | 4.994,81 |
| Einnahmen aus Erbschaften | 0 | 11.742,25 | Seminare | 13.246,07 | 31.243,66 |
| Einnahmen aus Bußgeld-Zuweisungen | 0 | 7.600,00 | Beitrag FIAN International | 47.765,83 | 48.006,47 |
| Sonstige Erträge | 6.726,83 | 0,00 | Beiträge Vernetzung | 2.048,27 | 1.720,00 |
| | | | Sonstige Ausgaben | 1.498,21 | 0,00 |
| | | | Abschreibungen | 1.397,4 | 978,10 |
| | | | Einst./Aufl. Betriebsmittelrücklage | 9.065,54 | 1.162,48 |
| Gesamt | 496.039,82 | 457.174,00 | Gesamt | 496.039,82 | 457.174,00 |

ÜBERSICHT AKTIVE PROJEKTE 2016

| Geber | Projekttitel | Laufzeit | Gesamtzuschuss (bewilligt) in € | Zuschuss 2016 in € |
|--|--|--------------------|---------------------------------|--------------------|
| The Netherlands Organisation for Scientific Research | MOSAIC | 3.6.14 – 3.6.18 | 6.630 | 3.000 |
| Stiftung Umverteilen | Recherche Nepal | 1.10.15 – 31.12.15 | 1.000 | 1.000 |
| Europäische Kommission | Hands on the Land for Food Sovereignty | 8.2.15 – 7.2.18 | 241.063 | 75.710 |
| MISEREOR | Fallbegleitung, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung des Rechts auf Nahrung | 1.1.15 - 31.12.17 | 215.000 | 71.509 |
| Engagement Global (FEB) | 50 Jahre UN-Sozialpakt | 1.4.15 - 31.12.16 | 45.000 | 20.233 |
| Stiftung Umwelt und Entwicklung (SUE) | 50 Jahre UN-Sozialpakt | 1.4.15 - 31.12.16 | 56.380 | 53.650 |

Wer wir sind

WER WIR SIND

Zum Jahresende hatte FIAN Deutschland 1.108 Mitglieder.

Mitglieder des Vorstands (gewählt am 3. Mai 2015): Tim Engel (Vors.), Ingo Stamm (stv. Vors.), Heike Hackmann (Schatzmeisterin), Giovanna Enea, Heiko Hansen, Daniel Kofahl, Irene Oftringer, Jeanette Schade. Neu ins Amt gewählt wurden die beiden Internationalen Delegierten: Sini Bodemer und Heiko Hansen

MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle: Almudena Abascal (ab 15.3.), Nina Bünger, Gertrud Falk, Sandra Falkenau, Ute Hausmann (bis 1.6.), Roman Herre, Regine Kretschmer (bis 1.4.), Barbara Lehmann-Detscher, Philipp Mimkes (ab 15.5.), Uschi Strauss

Bundesfreiwilligendienst: Thorsten Krüger (ab 1.10), Florian Schweikert (bis 30.9.),

PraktikantInnen: Charlotte Dreger, Sophia Leurs, Philipp Bosch, Daisy Ribeiro, Linda Röder, Chiara Schmidt, Antonia Stock, Miriam Yosef

Arbeitskreise: Agrar, Fallarbeitsgruppe Ecuador, Fallarbeitsgruppe Nepal, Gender, JuristInnen bei FIAN, Klima

Lokalgruppen: Berlin, Bremen, Koblenz, Köln, Marl, München, Tübingen



Verabschiedung von Ute Hausmann in Heidelberg

WIR SIND FIAN INTERNATIONAL!

Kein Aspekt unserer Arbeit ist denkbar ohne die Einbindung in FIAN International. Auf internationaler Ebene agieren wir als Einheit gemeinsam mit den Sektionen in Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika, koordiniert durch das Internationale Sekretariat in Heidelberg. Zwanzig Prozent unserer Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen und Spenden leiten wir an FIAN International weiter und tragen damit dazu bei, dass eine effektive Arbeit auf internationaler Ebene möglich ist. Informationen über die Arbeit von FIAN International finden sich im Jahresbericht auf www.fian.org.



Wir wir arbeiten

VOR ORT RECHERCHIEREN

FIAN besucht regelmäßig von Menschenrechtsverletzungen betroffene Gemeinden und informiert sich vor Ort über die aktuelle Lage. Der direkte Kontakt zu den Menschen ermöglicht es uns, die Situation realistisch einzuschätzen. Parallel dazu recherchieren und bewerten wir die Verantwortung deutscher Akteure in Fällen von Menschenrechtsverletzungen. Zum Beispiel in Nepal, Uganda und Ecuador.

EINZELFÄLLE BEGLEITEN

FIAN-Mitglieder begleiten einzelne Fälle, in denen das Menschenrecht auf Nahrung verletzt wird. Wir unterstützen die Arbeit der Menschen vor Ort und stellen die Verantwortlichen unter ständige internationale Beobachtung. Als deutsche Sektion von FIAN International liegt unser Augenmerk auf den mitverantwortlichen Akteuren in Deutschland.

MENSCHENRECHTE STÄRKEN

Mit Hilfe unserer langjährigen Erfahrung stärken wir die Instrumente zum Schutz der Menschenrechte durch Lobbyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene. FIAN International hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Diesen nutzen wir zum Beispiel, wenn wir uns in die Verhandlungen über die UN Erklärung über die Rechte von KleinbäuerInnen einbringen.

ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN

Noch mehr Menschen sollen unsere Arbeit kennen und unterstützen. Daher informieren wir über die Rechtslage in Deutschland und in anderen Ländern und über das Unrecht, das vielen Menschen geschieht. So waren wir auf der Agrar-Demonstration in Berlin und den TTIP-Großdemonstrationen dabei und haben mit vielen europäischen Partnern die Kampagne „Hands on the Land“ für Ernährungssouveränität organisiert.

POLITIK BEEINFLUSSEN

Durch effektive Netzwerk-, Kampagnen-, und Lobbyarbeit nehmen wir Einfluss auf deutsche und europäische Politik und fordern die Einhaltung von Menschenrechtsstandards ein.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen
zur Rechenschaft ziehen





Mit Menschenrechten gegen den Hunger!

FIAN, das Food First Informations- und Aktions-Netzwerk, wurde 1986 gegründet, um für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung zu kämpfen. Mittlerweile hat FIAN Mitglieder in über 50 Ländern auf allen fünf Kontinenten. In 18 Ländern bestehen nationale Vertretungen. Weltweit unterstützt FIAN Opfer von Verletzungen des Rechts auf Nahrung bei der Verteidigung ihrer Rechte. Bei den Vereinten Nationen hat FIAN Beraterstatus. FIAN Deutschland ist eine Sektion von FIAN International.

Die Mitglieder und UnterstützerInnen von FIAN engagieren sich für eine Welt, die frei von Hunger ist und in der jede Person Zugang zu den Ressourcen hat, die ihr ein Leben in Würde ermöglichen.

Wenn das Menschenrecht auf Nahrung verletzt oder gefährdet wird, greift FIAN ein: mit internationalen Protestbriefaktionen, mit Fall- und Recherchearbeit vor Ort, mit Öffentlichkeits-, Kampagnen- und Lobbyarbeit. Zudem macht FIAN Deutschland mit Arbeit in der Menschenrechtsbildung das Recht auf Nahrung in Deutschland und international bekannter.

FIAN ist eine basisorientierte Mitgliederorganisation und unabhängig von politischen und konfessionellen Gruppen, Parteien, Regierungen und Ideologien.

Unser Engagement wirkt! Machen Sie mit!
www.fian.de

